

Manuskript!

Zitate bitte nur nach der veröffentlichten Version:

Fabian Endres, Harald Schoen und Hans Rattinger. 2015. Außen- und Sicherheitspolitik aus Sicht der Bürger. Theoretische Perspektiven und ein Überblick über den Forschungsstand, in: Heiko Biehl and Harald Schoen (eds.): Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Urteil der Bürger. Theorien, Methoden, Befunde, Schriftenreihe des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Volume 15, Wiesbaden: Springer VS, 39 - 65.

Außen- und Sicherheitspolitik aus Sicht der Bürger. Theoretische Perspektiven und ein Überblick über den Forschungsstand

Fabian Endres, Harald Schoen, Hans Rattinger

1. Einleitung

Wie alle anderen Politikfelder auch sind Entscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik der Kontrolle der Bürger unterworfen. Allerdings traf die Demokratisierung politischer Entscheidungen auf diesem Gebiet auf besonders große Widerstände, so dass die Außen- und Sicherheitspolitik als „letzte Bastion vordemokratischer ‚Kabinettpolitik‘“ erscheinen konnte (Rattinger 2007: 314; siehe Hellmann et al. 2007: 20-21). Vorbehalte gegen eine demokratische Öffnung erwachsen nicht nur aus einem prinzipiellen Unwillen etablierter Eliten, Bürger auf diesem Gebiet mitreden zu lassen.¹ Vielmehr trugen auch Zweifel an den vermuteten vorteilhaften Wirkungen einer Demokratisierung außen- und sicherheitspolitischer Entscheidungen dazu bei.² Mit der Demokratisierung wurde die naheliegende Hoffnung verbunden, dass die Bürger mit ihren Wünschen staatliches Handeln in der Außen- und Sicherheitspolitik tatsächlich kontrollieren würden. Dies kann direkt geschehen, indem Bürger bei Sachabstimmungen über außen- und sicherheitspolitische Fragen entscheiden. Darüber hinaus können Bürger Regierungen wegen außen- oder sicherheitspolitischer Fragen abwählen oder ins Amt wählen. Politische Akteure können ein Verdikt der Bürger an der Wahlurne aber auch antizi-

¹ Bereits vor der Demokratisierung der Außen- und Sicherheitspolitik hatte interessierten Eliten grundsätzlich der Weg offen gestanden, mit – populistischen – außenpolitischen Manövern um öffentliche Unterstützung zu werben. Allerdings schien unter den Eliten offenbar ein Konsens zu bestehen, dass die Gestaltung der Außenpolitik der Exekutive vorbehalten sein soll (Hellmann et al. 2007; Czempel 1999).

² Es kamen Befürchtungen hinzu, die Demokratisierung würde außenpolitische Entscheidungen stärker von sachfremden Erwägungen abhängig machen – also verschlechtern – und Demokratien im Wettbewerb mit anderen Gesellschaftsordnungen einen systematischen Nachteil eintragen (z.B. Tocqueville 1985; Almond 1950; Kennan 1951). Den Aspekt der Entscheidungsqualität (siehe zum epistemischen Aspekt von Demokratie Landemore 2013) blenden wir in diesem Beitrag weitgehend aus, um die Argumentation nicht zu überfrachten.

pieren und außen- oder sicherheitspolitische Entscheidungen den (mehrheitlichen) Wünschen der Bürger anpassen, um elektorale Konsequenzen zu vermeiden. In Abhängigkeit von den vermuteten - friedfertigeren - Präferenzen der Bürger verband man mit demokratischer Kontrolle Änderungen in der inhaltlichen Ausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik (Rattinger 1985).

Skeptische Einschätzungen ergeben sich zum einen aus politisch gefärbten Urteilen über die Konsequenzen des Bürgereinflusses auf außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen. Exemplarisch war das in der ursprünglichen Bundesrepublik zu beobachten. Nachdem mit der Klärung der nach dem Zweiten Weltkrieg aufgeworfenen außenpolitischen Grundfragen das Interesse Ende der 1950er Jahre fürs Erste erlahmt war, stellte sich mit der erneuten parteipolitischen Polarisierung sicherheitspolitischer Themen in den 1980er Jahren abermals die Frage nach einer stärkeren Einbeziehung der Öffentlichkeit: Während die Demokratisierung der Außen- und Sicherheitspolitik dabei auf Seiten der Linken mit Begeisterung aufgenommen wurde, sorgte man sich auf der Rechten um den Verbleib in der NATO, was auf Grund der nachlassenden Unterstützung des Bündnisses in der Bevölkerung keineswegs mehr gewiss war (Inglehart 1984; Rattinger 1984).

Zum anderen wurde angezweifelt, ob Bürger überhaupt in der Lage seien, diese Kontrollfunktion auszuüben (Lippmann 1922). Diese Zweifel beziehen sich einerseits darauf, wie einfache Bürger über außen- und sicherheitspolitische Fragen nachdenken und sich dazu eine Meinung bilden. Andererseits wurden Bedenken geäußert, inwieweit sich ihre Urteile in politischem Verhalten niederschlagen. Letzteres ist besonders wichtig, da außen- und sicherheitspolitische Präferenzen auf entsprechende politische Entscheidungen schwerlich Einfluss nehmen können, wenn sie nicht das (Wahl-)Verhalten von Bürgern anleiten. Selbst wenn Bürger sich zu entsprechenden Themen eine Meinung bilden, kann man davon aber nicht ohne weiteres ausgehen. Denn außen- und sicherheitspolitische Einstellungen konkurrieren mit einer Vielzahl potentiell wahlrelevanter Einflussfaktoren. Zwar wiesen andere Stimmen derartige Bedenken zurück und sahen – wenigstens in den USA – eine effektive demokratische Kontrolle der Außen- und Sicherheitspolitik am Werk (z.B. Rosenau 1961, 1969; Russett 1990; Jacobs/Page 2005),³ doch kann nicht ohne weiteres angenommen werden, dass das Versprechen einer demokratischen Kontrolle der Außen- und Sicherheitspolitik jederzeit eingelöst werden kann.

³ Auch auf diesem Gebiet fließen politische Präferenzen in die wissenschaftliche Forschung ein. Beispielsweise fanden in der Bundesrepublik in den achtziger Jahren fundierte Einstellungen zur Außen- und Sicherheitspolitik zu allererst diejenigen Forscher, die die Demokratisierung der Außenpolitik begrüßten. Skeptiker einer stärkeren

Im vorliegenden Aufsatz werden wir daher die politische Urteilsbildung zu derartigen Themen sowie die Verhaltensrelevanz entsprechender Urteile theoretisch und vor dem Hintergrund des Forschungsstandes diskutieren. Im Folgenden ist daher zu prüfen, inwiefern Wissen und Interesse dafür sprechen, dass Bürger überhaupt Einstellungen zur Außen- und Sicherheitspolitik entwickeln können, auf welchen Grundlagen diese Einstellungen beruhen und welchen Einfluss Eliten auf diese nehmen können, und schließlich, ob die Bevölkerung auch dazu neigt, aus ihren außenpolitischen Haltungen Konsequenzen bei der Wahlentscheidung zu ziehen.

2. Individuelle Urteilsbildung zur Außen- und Sicherheitspolitik

Für die politische Urteilsbildung von Menschen wichtig sind Motivation und Fähigkeiten (Chaiken 1980; Chaiken/Trope 1999; Tetlock 1985). Politische Urteilsbildung kann von wenigstens zwei Motivationen gesteuert werden. Das Richtigkeitsmotiv spornt Menschen dazu an, sich ein zutreffendes Bild von der Realität zu machen und zu objektiv richtigen Urteilen zu gelangen. Diese Motivation ist etwa dann stark ausgeprägt, wenn für Menschen viel auf dem Spiel steht, sie beispielsweise den Eindruck haben, von einer richtigen Einschätzung der außenpolitischen Lage hänge ihre persönliche Sicherheit ab (Kliemt 1986; Quandt/Ohr 2004). Das Verteidigungs- oder Richtungsmotiv hingegen drängt Menschen dazu, (bewusst oder unbewusst) solche Urteile zu außen- und sicherheitspolitischen Fragen zu entwickeln, die mit persönlichen Dispositionen und vorgefassten Urteilen in Einklang stehen (z.B. Kunda 1990; Lodge/Taber 2000, 2013; Taber/Lodge 2006). Diese Motivation fällt etwa dann stark ins Gewicht, wenn zentrale Dispositionen berührt sind.

Während Motivationen den Antrieb geben, stellen Fähigkeiten die Mittel bereit, um das angestrebte Ziel zu erreichen. Erst ein gewisses Hintergrundwissen erlaubt es zu erkennen, welche Handlungsempfehlung - etwa in der Außenhandelspolitik - den eigenen Interessen besonders zuträglich ist oder mit in der eigenen Identität verankerten politischen Vorlieben, etwa bestimmten Werten, Gruppenbindungen und anderen Orientierungen gegenüber politischen Symbolen, in Einklang steht. Fehlt es an entsprechenden Fähigkeiten oder Motivation, verarbeiten Menschen politische Informationen oberflächlich. Beispielsweise prüfen sie nicht die argumentative Qualität von Aussagen, sondern verlassen sich auf Heuristiken und achten etwa einzig darauf, von welchem Akteur eine Aussage formuliert wurde (Simon 1985; Tversky/Kahneman 1986; Kuklinski/Quirk 2000; Lau 2003).

Einbeziehung der Bürger verwiesen dagegen auf mangelndes Wissen und fehlende Strukturen zu außenpolitischen Themen.

In etlichen Demokratien interessieren sich viele Bürger nicht sonderlich stark für politische, geschweige denn für außen- und sicherheitspolitische Fragen. Diese sind vom Alltagsleben vieler Bürger relativ weit entfernt, weshalb sie nur selten Interesse daran entwickeln. Damit zusammen hängt ein insgesamt geringer Wissensstand über politische Fragen im Allgemeinen und außen- und sicherheitspolitische Fragen im Besonderen (Delli Carpini/Keeter 1996; Holsti 2004; Aldrich et al. 2006: 479). Auch wenn das nicht für alle Fragen und alle Bürger in gleichem Maße gilt (Caspary 1970; Graham 1988), ist der generelle Befund nicht erstaunlich. Denn der einzelne Bürger hat keinen wahrnehmbaren Einfluss auf außenpolitische Entscheidungen, weshalb es sich für ihn nicht lohnt, sich ausgiebig mit diesem Themenkomplex zu beschäftigen und vertiefte Kenntnisse auf dem Gebiet zu erwerben (Downs 1957). Anders verhält es sich mit Personen, deren Eigeninteresse eng mit außen- oder sicherheitspolitischen Fragen verknüpft ist oder die sich aus anderen Gründen intensiv mit derartigen Fragen beschäftigen. Sie sind motiviert und informiert und bilden den Kern eines außen- und sicherheitspolitischen Themenpublikums.

Geringes Interesse und dürftige Kenntnisse sind keine guten Voraussetzungen dafür, dass Menschen konsistente außenpolitische Überzeugungssysteme entwickeln. Etliche außenpolitische Objekte, Akteure, Policies oder Ereignisse, sind Bürgern unbekannt.⁴ Andere Objekte sind ihnen zwar bekannt, doch können sie diese nicht in größere Zusammenhänge einordnen. Dies spiegelt sich wider in schwachen Zusammenhängen zwischen Bewertungen verschiedener außen- und sicherheitspolitischer Fragen (Converse 1964). Schließlich hindern geringes Interesse und Wissenslücken Menschen daran, sich ein zutreffendes Bild von der Realität zu machen. So sind sie beispielsweise nicht in der Lage, Implikationen von Politikvorschlägen, etwa deren Folgen für das eigene Wohlergehen, oder die Unvereinbarkeit verschiedener Politikvorschläge zu erkennen. Exemplarisch dafür steht etwa der Befund, dass die Idee der Abschreckung zwar mehrheitlich Zustimmung fand, die dafür notwendigen Kernwaffen jedoch vom Großteil der Bevölkerung kategorisch abgelehnt wurden (Flynn/Rattinger 1985).

Diese Befunde, die im klassischen „Almond-Lippmann-Konsens“ (Lippmann 1922, Almond 1950) zusammengefasst sind, sprechen dafür, dass die öffentliche Meinung, verstanden als Aggregation der in Umfragen gemessenen Einzelmeinungen, keine große Rolle in der Außenpolitik spielen kann – und sollte (vgl. Holsti 1992). Auf etliche Fragen kann sie überhaupt keine Antwort geben, auf andere allenfalls vage oder nicht sachgerechte. Das außenpolitische

⁴ Werden sie um eine Bewertung ihnen unbekannter Objekte gebeten, geben einige Personen durchaus Einschätzungen ab, die aber als „non-attitudes“ zu bewerten sind (Converse 1970; speziell zur Außen- und Sicherheitspolitik Rattinger 1987).

Interesse in der Bevölkerung ist in den zurückliegenden Jahrzehnten dabei nicht wesentlich gestiegen, auch hat sich der Kenntnisstand trotz Bildungsexpansion nicht maßgeblich verbessert (vgl. Delli Carpini/Keeter 1992). Daher liegt die Vermutung einer geringen Verhaltensrelevanz entsprechender außen- und sicherheitspolitischer Orientierungen nahe. Selbst wenn Bürger Urteile über außen- und sicherheitspolitische Fragen bilden, werden diese sich kaum auf ihr Wahlverhalten auswirken. Folglich dürfte sich am Befund, dass Bürger dem Idealbild vom hochinteressierten und wohlinformierten homo politicus nicht entsprechen, wenig geändert haben.

Allerdings finden sich in der Literatur in jüngerer Zeit durchaus wohlwollende Interpretationen. Ein Zweig der Forschung, die den Bürger zu rehabilitieren sucht, hat Befunde vorgelegt, die sich als Belege dafür interpretieren lassen, dass Bürger bei der Bewertung außen- und sicherheitspolitischer Fragen Nutzenkalküle anstellen, mit dem Ziel, ihre Interessen möglichst gut zu verfolgen (z.B. Mueller 1973; Carrubba/Singh 2004; siehe Berinsky 2007). Je nachdem, welche Angebote den eigenen Nutzen in Form von Wohlergehen oder Sicherheit am meisten mehren, werden Positionen unterstützt oder abgelehnt. Insbesondere bei der Untersuchung von Einstellungen gegenüber der Europäischen Union wird von einigen Autoren vorrangig das ökonomische Eigeninteresse als maßgeblich für die Haltung der Bürger angesehen (z.B. Eichenberg/Dalton 1993, 2007; Gabel 1998; Brinegar/Jolly 2005). Ebenso finden sich in der Forschung zu Einstellungen zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) Befunde, die als Anhaltspunkte für nutzenorientierte Überlegungen interpretiert werden können (Carrubba/Singh 2004; Ray/Johnston 2007; Schoen 2008). Auch liegen einige Arbeiten vor, die davon ausgehen, dass Bürger ihre Haltung zu laufenden militärischen Auseinandersetzungen von der Höhe der Verlustzahlen und des wahrscheinlichen Ausgangs der Kampfhandlungen abhängig machen (z.B. Mueller 1973; Gartner et al. 1997, 2004; Eichenberg 2005; Gelpi et al. 2005, 2009). Jedoch sind diese Befunde mit Vorsicht zu genießen, da die nutzenbezogene Interpretation der Befunde nicht die einzig denkbare ist. In Anbetracht des geringen außenpolitischen Interesses vieler Bürger sowie der Komplexität und Ambiguität vieler außen- und sicherheitspolitischer Fragen ist sie obendrein nicht die plausibelste: Wie und warum sollten Bürger Nutzenkalkulationen im strengen Sinne anstellen, wenn ihnen Fragen so uninteressant erscheinen, dass sie sich nicht gut darüber informieren? In vielen Fällen dürfte daher das Nutzenkalkül primär als „als ob“-Argument zu verstehen sein (siehe klassisch Friedman 1953; kritisch etwa Sen 1980, Hedström 2005: 60-66).

Verwandt damit ist das Argument, die öffentliche Meinung verhalte sich im Aggregat rational. In ihrer einflussreichen Untersuchung „The Rational Public“ meinen Page/Shapiro (1992) den Beweis zu führen, dass die amerikanische Öffentlichkeit – trotz verschiedener Defizite einzelner Bürger – rational auf (außen-)politisches Geschehen reagiere (siehe für Europa Isernia et al. 2002; siehe für die verwandte Vorstellung, die Öffentlichkeit reagiere wie ein Thermostat auf (außen-)politisches Geschehen, z.B. Wlezien 1995). Das zentrale Argument, beim Übergang von der Individual- auf die Aggregatebene geschehe ein Wunder der Aggregation, das aus einer Ansammlung wenig interessierter und involvierter Individuen ein rationales Kollektiv mache (Converse 1990), fußt auf einer Reihe von Annahmen. Deren Gültigkeit kann nicht ohne weiteres als gegeben betrachtet und nicht mit Aggregatdaten geprüft werden. Selbst wenn solch optimistische Beschreibungen empirische Entwicklungen der öffentlichen Meinung plausibel machen, kann nicht ausgeschlossen werden, dass ganz andere Prozesse die beobachtbaren Ergebnisse hervorgebracht haben (z.B. Caplan 2007). Wenn solche rationalistischen Erklärungen gewählt werden, scheint daher auch der Wunsch nach einer Rechtfertigung der Demokratisierung der Außen- und Sicherheitspolitik Vater des Gedankens zu sein.

Ein anderer Zweig der revisionistischen Literatur hat die Problemperspektive verschoben, hin zu der Frage, ob sich Bürger überhaupt einen Reim auf außen- und sicherheitspolitische Fragen machen können. Hurwitz und Peffley (1987) weisen darauf hin, dass Menschen außenpolitische Fragen trotz fehlenden Interesses und ungenügenden Kenntnissen beurteilen, indem sie auf allgemeine Grundorientierungen zurückgreifen, die sich auf politische Symbole beziehen und häufig in der Sozialisation erworben werden (Sears/Funk 1991; Sears 2001; Lau/Heldman 2009). Dabei handelt es sich beispielsweise um Wertorientierungen und Gruppenbindungen, die die Identität von Menschen berühren und daher erheblichen Einfluss auf Urteilsbildung und Verhalten nehmen können, ohne dass sich Bürger kognitiv besonders stark anstrengen müssten. In ihrem klassischen Aufsatz, der das Konzept des „vertical constraint“ in die Diskussion einführte, sehen Hurwitz und Peffley (1987) auf der höchsten Abstraktionsebene allgemeine normative Vorstellungen von der Moralität des Krieges sowie Ethnozentrismus (siehe auch Conover/Feldman 1984). Auf einer etwas konkreteren Ebene sind symbolische Orientierungen gegenüber außenpolitischen Strategien wie Isolationismus oder Multilateralismus angesiedelt. Derartige normative Vorstellungen, so die Autoren, erlaubten es Bürgern, Politikvorschläge ohne größeres Detailwissen zu beurteilen.⁵

⁵ Dass außenpolitische Einstellungen den Anschein erweckten, als herrsche zwischen ihnen weniger Struktur als zwischen innenpolitischen Einstellungen, liegt dabei eben nicht zuletzt daran, dass Menschen für gewöhnlich

Diese Idee hat die Forschung nachhaltig beeinflusst. Immer neue Arbeiten wurden vorgelegt, die Einflüsse abstrakter Konzepte auf konkrete außen- und sicherheitspolitische Fragen nachwiesen. An dieser Stelle kann daher nur ein grober Überblick gegeben werden. Auf der Ebene der Orientierungen gegenüber außen- und sicherheitspolitischen Strategien ist die Relevanz der Internationalismus-Isolationismus-Dimension unstrittig. Ebenso herrscht Konsens darüber, dass weitere Dimensionen ebenfalls einen Einfluss entfalten müssen (vgl. Bardes/Oldendick 1978), nicht jedoch über deren Zahl und Inhalt. So wurde eine zweite Dimension zu den Mitteln außenpolitischen Handelns (Militarismus versus Nonmilitarismus) vorgeschlagen sowie eine dritte Dimension, die sich insbesondere auf das Verhältnis zu anderen Akteuren im internationalen System (Multilateralismus versus Unilateralismus) bezieht (z.B. Wittkopf 1986; Bardes/Oldendick 1990; Chittick et al. 1995). Die letztgenannte Dimension erweist sich aber in vielen europäischen Ländern als weit weniger erklärungskräftig als in den USA: Insbesondere in Deutschland ist ein eigenständiges Handeln in der Außen- und Sicherheitspolitik ohne enge Abstimmung mit den Verbündeten aus historischen Gründen kaum vorstellbar. Stattdessen wurde als vierte wichtige Dimension die des Atlantizismus vorgeschlagen, die das Ausmaß beschreibt, mit der die transatlantische Partnerschaft gutgeheißen wird (Asmus et al. 2005).

Auf einer höheren Abstraktionsebene als diese außenpolitikspezifischen Orientierungen sind Wertorientierungen angesiedelt, die Urteile über außen- und innenpolitische Entscheidungen anleiten können. In diesem Sinn wurden etwa vorgeschlagen: Materialismus und Postmaterialismus (Inglehart 1971), Sicherheit, Wohlstand und Gemeinschaft (Chittick 2006), Hierarchie und Gemeinschaft (Rathbun 2007), Empathie und Autorität (Lakoff 2008). Ebenso werden persönliche Wertorientierungen, wie sie Schwartz (1992, 1994) konzipierte, zur Strukturierung außenpolitischer Einstellungen herangezogen (Pötzschke et al. 2013; siehe auch Boehnke/Schwartz 1997; Schwartz et al. 2000).⁶

Ohne größeren kognitiven Aufwand können sich Bürger auch dadurch Einstellungen bilden, indem sie ihre affektive Haltung zu den beteiligten (kollektiven und individuellen) Akteuren als Bewertungsmaßstab heranziehen (z.B. Fiske et al. 1983; Alexander et al. 1999, 2005; siehe allgemeiner zur Likability-Heuristik Brady/Sniderman 1985). So können etwa Sym- und

ihre Einstellungen wesentlich vielfältiger organisieren als lediglich nach dem Links-Rechts-Schema (Hamill et al. 1985; siehe aber Rathbun 2007).

⁶ Auch die in Persönlichkeitsmerkmalen zusammengefassten psychischen Dispositionen beeinflussen die Urteilsbildung zu außen- und sicherheitspolitischen Fragen (z.B. Schoen 2007; Pötzschke et al. 2013). Dies ist folgerichtig, da beispielsweise Wertorientierungen als von Persönlichkeitsmerkmalen mitverursachte charakteristische Anpassungen verstanden werden können. Verwandt damit sind etwa Konzepte wie Social Dominance Orientation, die ebenfalls außenpolitische Orientierungen beeinflussen (Pratto et al. 1994; Henry et al. 2005).

Antipathien gegenüber dem jeweiligen amerikanischen Präsidenten Urteile über außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen der USA färben; ebenso konnten Bürger beispielsweise im Kalten Krieg außenpolitische Maßnahmen danach beurteilen, ob sie vom westlichen Lager oder vom Ostblock ausgingen. Dies ist umso einfacher, als Bürger die meisten Länder ohnehin mit bestimmten, leicht abrufbaren Stereotypen verknüpfen (Jervis 1976; Herrmann et al. 1997; Herrmann 2003). Images von anderen Ländern und politischen Führungspersonen erlauben Bürgern einen schonenden Umgang mit knappen kognitiven Ressourcen, was in Verbindung mit anderen Schemata nicht zuletzt einer von den Eliten unabhängigen Einstellungsbildung zuträglich ist (Hurwitz/Peffley 1991).

Wie ein Individuum das internationale System wahrnimmt und welche Chancen und Risiken es darin sieht, hängt unter anderem von seinen Gruppenbindungen ab (Kelman/Fisher 2003; Herrmann et al. 2009). Gruppenbindungen bilden den größten Teil der sozialen Identität eines Menschen und entfalten ihre Wirksamkeit nicht zuletzt durch der Identifikationsgruppe zugeschriebene Bedeutungen sowie die mit Gruppenbindungen einhergehenden negativen Bewertungen von Fremdgruppen (Abrams/Hogg 1988; Tajfel/Turner 1979; Tajfel 1981; siehe Brown 2000; Huddy 2001). Exemplarisch sei dazu die Rolle erläutert, die das Verhältnis zur eigenen Nation beim Umgang mit anderen Ländern spielt (Duckitt 2003). Während mit einer patriotischen Haltung in der Regel keine Abwertung fremder Nationen einhergeht, weisen Bürger mit nationalistischer Gesinnung sowohl eine hohe Verbundenheit mit der eigenen Nation als auch feindselige Tendenzen gegenüber anderen Ländern auf (Kosterman/Feshbach 1989; siehe aber Billig 1995). Eine ähnliche Dichotomie stellt die Unterscheidung in einen ethnischen und einen bürgerlichen Nationalismus dar, wobei bürgerliche Nationalisten eine inklusivere Vorstellung von der Nation pflegen als ethnische Nationalisten (Smith 2001; Mummendey et al. 2001). Je nach Ausprägung der nationalen Identität werden sich die Bilder und Stereotype unterscheiden, die man anderen Nationen zuschreibt, und so einen zusätzlichen Einfluss auf außen- und sicherheitspolitische Einstellungen ausüben. Neben nationalen Identitäten spielen aber auch Zugehörigkeitsgefühle zu anderen Kollektiven, wie etwa zu Europa, dem Westen, aber auch sozialen Bewegungen, eine wichtige Rolle in Fragen der Außenpolitik (z.B. Schoen 2008).

Auch Bindungen an politische Parteien als kollektive Akteure können die außen- und sicherheitspolitische Urteilsbildung beeinflussen (Greene 1999; Green et al. 2002; Ohr/Quandt 2012). Parteiidentifikationen steuern die politische Informationsverarbeitung, indem vorrangig solche Informationen aufgenommen werden, die die eigene, durch Parteibindungen ge-

färbte Auffassung von der Wirklichkeit untermauern (Campbell et al. 1960; Zaller 1992; Bartels 2002; Berinsky 2007). Mit der Bindung an eine Partei ist auch eine Übernahme der jeweiligen Gruppennormen verbunden, die bestimmte Haltungen implizieren und so Einfluss auf außen- und sicherheitspolitische Einstellungen ausüben können (Huddy 2001). Die Wirkung von Parteibindungen auf die Bewertung außenpolitischer Fragen beruht aber auch darauf, dass sie es Bürgern erlauben, sich ohne größeren Aufwand eine Meinung zu bilden, indem sie den Signalen folgen, die nahestehende, glaubwürdig erscheinende Partei-Eliten aussenden (Zaller 1992; Zaller/Feldman 1992; Lupia 1994; Sniderman 2000; Ray 2003a, b). Voraussetzung dafür ist selbstverständlich, dass Parteien zu einer solchen Frage überhaupt eindeutig und deutlich wahrnehmbar kontroverse Positionen beziehen. In der Außenpolitik ist das häufig, aber nicht immer der Fall.

Dieser revisionistische Forschungszweig hat dazu beitragen, das Bild von der Urteilsbildung der Bürger in ein milderes Licht zu tauchen. Sie zeigen, dass auch Menschen, die sich mit außen- und sicherheitspolitischen Fragen nicht regelmäßig beschäftigen und sich damit nicht gut auskennen, derartige Fragen bewerten können, indem sie auf wenig aufwendige, heuristische Strategien zurückgreifen. Sie können sich also einen Reim auf außen- und sicherheitspolitische Fragen machen, und zwar auf der Grundlage relativ tief verankerter Dispositionen. Auf einem anderen Blatt steht, ob auf diese Weise gewonnene Einschätzungen den eigenen Interessen entsprechen und der Sache tatsächlich gerecht werden. Heuristiken können dazu beitragen, können aber auch in die Irre führen (Sniderman et al. 1991; Bartels 1996; Lau/Redlawsk 2001; siehe für einen Überblick Schoen 2006a). Mit Blick auf die Befürchtungen, eine demokratische Öffnung außen- und sicherheitspolitischer Entscheidungen könnte die Qualität der Entscheidungen beeinträchtigen, könnten Befunde zur Rolle von sozialen Identitäten und Stereotypen gar als Bestätigung interpretiert werden, da sie vorurteilsgeladener Propaganda geradezu Tür und Tor öffnen.

Im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Bürgern und Eliten erscheinen die Befunde ebenfalls eher ambivalent. Einerseits deutet der Hinweis auf die Rolle von Elitesignalen auf einen unmittelbaren Einfluss von Eliten hin, ohne dass damit jedoch gesagt wäre, dass Eliten immer die gerade regierenden sind. Andererseits weisen Einflüsse von Wertorientierungen, außenpolitischen Grundorientierungen, psychischen Dispositionen und kollektive Identitäten auf den ersten Blick nicht auf Eliteneinflüsse hin. Im Gegenteil, sie deuten darauf hin, dass Bürger mit außen- und sicherheitspolitischen Orientierungen zutiefst persönliche Neigungen zum Ausdruck bringen.

Diese Interpretation ist zwar richtig, bedarf aber einer wichtigen Ergänzung. Denn Bürger bilden sich ihre Meinung zu außen- und sicherheitspolitischen Fragen stets in einem bestimmten kommunikativen Kontext, der von Eliten und Medien gestaltet wird (Zaller 1992). Politische Akteure formulieren Politikvorschläge und liefern Begründungen. Andere unterstützen oder kritisieren diese. Medien berichten darüber und kommentieren das Geschehen. Sie spiegeln nicht nur Elitendiskurse wider, sondern können mit einer entsprechenden Darstellung außenpolitischer Ereignisse, Akteure und Policies selbständig Einfluss auf deren Wahrnehmung in der Öffentlichkeit nehmen (Cohen 1963; Entman 2003; Baum/Potter 2008). Die Tatsache, dass etliche der erwähnten Arbeiten als auf einen Zeitpunkt und einen Kontext beschränkte Querschnittanalysen angelegt sind und daher den Einfluss des kommunikativen Kontexts schwerlich erfassen können, darf nicht zu dem Fehlschluss führen, der Kontext sei irrelevant.

Wirkungen von Elitenkommunikation und Medienberichterstattung können auf verschiedene Weise zustande kommen. Zum einen können Bürger – wie bereits erwähnt – schlicht Positionen ihnen nahestehender Eliten übernehmen (Zaller 1992; Ray 2003a). Zum anderen kann der Einfluss darauf beruhen, dass Eliten oder Medien Deutungsangebote einer außen- oder sicherheitspolitischen Frage liefern, die – sofern sie akzeptiert werden – die Art und Weise beeinflussen, wie Bürger über die entsprechende Frage nachdenken (Krosnick/Kinder 1990; Iyengar/Simon 1993; Krosnick/Brannon 1993; Soroka 2003). Um dies zu erreichen, stellen Eliten und Medien eine Frage in einem bestimmten Licht dar und Bezüge zu bestimmten Grundorientierungen her. Je nachdem, welche Problemsicht Bürger akzeptieren, werden sie damit verknüpfte Bewertungsmaßstäbe anlegen und einen Politikvorschlag im Sinne der Urheber der jeweiligen Framingstrategie beurteilen. Wenn beispielsweise ein militärischer Auslandseinsatz als unabdingbares Mittel zur Aufrichtung einer Demokratie dargestellt wird, sollen Bürger offenbar dazu gebracht werden, nicht ihre Haltung zum Einsatz militärischer Gewalt, sondern ihre Einstellung zur Demokratie als Maßstab heranzuziehen, wenn sie die Militärmission bewerten. Da in vielen Staaten die demokratische Herrschaftsform auf mehr Zustimmung stößt als der Einsatz militärischer Gewalt, könnte dieses Framing letztlich die öffentliche Unterstützung der Mission steigern.

Gerade die Außen- und Sicherheitspolitik mit ihren komplexen Fragen lässt solche Framingstrategien naheliegend und erfolgversprechend erscheinen. Allerdings ist deren Erfolg nicht garantiert, sondern von etlichen Faktoren abhängig (Entman 1993; Nelson et al. 1997; Chong/Druckman 2007a). So ist ein gewisses Mindestmaß an Wissen auf Seiten der Bürger

erforderlich, damit sie die in Frames enthaltenen Argumente mit eigenen Orientierungen in Verbindung bringen können (Druckman/Nelson 2003). Allerdings begrenzt ein hohes Maß an Wissen und Vertrautheit mit dem jeweiligen Thema die Wirksamkeit von Frames (Chong/Druckman 2007a). Stehen nämlich fest verankerte und daher leichter zugängliche Werte und Grundorientierungen im Widerspruch zu den Anregungen des Frames, verliert dieser an Zugkraft (Brewer 2001; Sniderman et al. 2001; Iyengar 1991). Anders gewendet, sind bestimmte Personen für bestimmte Darstellungen eines Themas besonders empfänglich (Mader/Schoen 2013). Zudem ist die Konkurrenz verschiedener Framingstrategien zu bedenken. Finden sich im öffentlichen Diskurs mehrere, womöglich konkurrierende Frames, so können die einzelnen Frames an Einfluss einbüßen und politische Grundorientierungen bei der Urteilsbildung stärker zum Tragen kommen (z.B. Sniderman/Theriault 2004).⁷

Der unvermeidliche Einfluss des kommunikativen Kontexts auf die politische Urteilsbildung hat mehrere Implikationen. So könnten die oben dargestellten Einflüsse von Wertorientierungen, domänenspezifischen Grundorientierungen und Gruppenbindungen auf spezifische Einstellungen teilweise die Struktur des öffentlichen Diskurses widerspiegeln – und nicht eine eigenständige, von Eliteneinflüssen unabhängige Urteilsbildung von Bürgern. Dieses Argument lässt das Verhältnis zwischen Bürgern und Eliten umso problematischer erscheinen. Denn es weist auf die Möglichkeit hin, dass Eliten und Medien einheitliche und dazu andere Interessen aufweisen als die breite Masse der Bevölkerung. Durch eine geschickte Darstellung ihres Tuns wäre es in einem solchen Fall den Eliten möglich, in extremen Fällen gegen die Interessen der Bürger zu agieren, ohne dass sie für ihr Verhalten zur Rechenschaft gezogen werden könnten.⁸

Dieses Szenario geht gleichsam von einer Verschwörung der Eliten gegen die Bürger aus. Im Umkehrschluss folgt, dass der für Demokratien konstitutive Eliten- und Medienpluralismus sowie der damit verbundene Wettbewerb um die Deutungshoheit zu politischen Themen von entscheidender Bedeutung dafür sind, dass Eliteneinflüsse auf die außenpolitische Urteilsbil-

⁷ Die außen- und sicherheitspolitische Urteilsbildung von Bürgern kann auch von situativ begründeten Emotionen beeinflusst werden (Huddy et al. 2005; siehe Marcus et al. 2000). Besondere Prominenz in der Forschung hat situative, etwa von Kriegen oder Terroranschlägen ausgelöste Angst erlangt (z.B. Boehnke et al. 1989; Holst 1998). Sie kann dazu führen, dass Bürger systematisch bestimmte Politikvorschläge bevorzugen (z.B. Huddy et al. 2005; Schoen 2006b, c). Auch kann sie, je nach Ausprägung, die Art der politischen Urteilsbildung im Sinne einer abnehmenden kognitiven Leistungsfähigkeit (Cacioppo/Gardner 1999; Huddy et al. 2003) oder einer größeren Aufmerksamkeit für neue Informationen (z.B. Marcus et al. 2000) beeinflussen.

⁸ Dieses Szenario erscheint bei fehlendem Interesse und Wissen der Bürger in Bezug auf außen- und sicherheitspolitische Fragen besonders plausibel. Allerdings dürfte selbst einer sehr uninteressierten Öffentlichkeit ab einem gewissen Punkt auffallen, dass die Eliten eklatant gegen die Interessen der Bürger verstoßen (Stimson 1999).

derung von Bürgern nicht nur unproblematisch, sondern sogar wünschenswert sind (Dahl 1971; Riker 1982; Bartels 2003). Diese Debatten regen Bürger an, sich intensiver mit einem Thema zu beschäftigen und verhelfen ihnen womöglich, ihre Interessen besser zu erkennen (Chong/Druckman 2007b; Key 1966). In jedem Fall sind die mangelnden Kenntnisse vieler Bürger unter den Bedingungen der Elitenkonkurrenz im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Bürgern und Eliten weniger problematisch, als es auf den ersten Blick scheinen mag. Vermag jedoch eine Seite, trotz fragwürdiger Argumente, den Diskurs zu dominieren, droht ernsthafter Schaden für das fragile Gleichgewicht zwischen Bürgern und Eliten (Chong/Druckman 2007a). Gesellschaftlicher Pluralismus erscheint somit als zentrale institutionelle Voraussetzung effektiver demokratischer Kontrolle.

3. Außen- und sicherheitspolitische Urteile und Wahlverhalten

Inwiefern Bürger ihre Rolle als Kontrolleure außen- und sicherheitspolitischer Entscheidungen ausfüllen können, hängt davon ab, ob es ihnen gelingt, das Handeln der Regierenden in Beziehung zu ihren Interessen und Werten zu setzen und zu bewerten. Diese Urteile wiederum müssen zudem – wenigstens potentiell – verhaltensrelevant sein, da sie andernfalls politisch folgenlos bleiben. Neben der notwendigen Vertrautheit mit einem Thema müssen daher zwei weitere Bedingungen erfüllt sein, damit sachfragenorientiertes Wählen stattfinden kann (Campbell et al. 1960: 168-187): So muss der Wähler zum einen der Sachfrage eine gewisse emotionale Bedeutung beimessen, zum anderen muss er zwischen den Parteien Unterschiede in deren Positionen ausmachen können. Ist eine der drei Bedingungen nicht erfüllt, wird es nicht zu sachfragenorientiertem Wählen kommen. Umgekehrt bedeutet dies jedoch nicht, dass bei Vorliegen von Vertrautheit, emotionaler Bedeutung und wahrgenommenen Parteiunterschieden ein Einfluss feststellbar sein muss: So können die Parteiidentifikation oder Kandidatenbewertungen, aber auch andere Sachfragenorientierungen von größerer Wichtigkeit für die Wahlentscheidung sein oder außenpolitische Orientierungen wesentlich vorprägen.

Die Aussichten, dass außen- und sicherheitspolitische Einstellungen einen Einfluss an der Wahlurne entfalten, sind daher als eher schlecht zu beurteilen. Schon die erste Bedingung, nämlich die bloße Kenntnis eines Themas, dürfte für einen nicht unerheblichen Teil des Elektorats eine beträchtliche Hürde darstellen. Angesichts des geringen Kenntnisstands in außen- und sicherheitspolitischen Fragen kann man davon ausgehen, dass viele Wähler über aktuelle außenpolitische Themen nur unzureichend informiert sind (Converse 1964; Delli Carpini/Keeter 1996). Daher werden sie häufig weder eine Vorstellung davon haben, welche Posi-

tion ihr Land gerade in einer außenpolitischen Frage vertritt, noch werden sie überhaupt eine eigene Einstellung zu einem Thema entwickelt haben (Campbell et al. 1960). Auch was die zweite Bedingung angeht, würde man zumindest aus der traditionellen Sichtweise heraus vermuten, dass die meisten Menschen keine besonders starken Gefühlsregungen mit Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik verbinden, da diese zu weit von der Lebenswirklichkeit der meisten Menschen entfernt ist. Diese Feststellung mag zwar für spezielle Themen der Außenpolitik zutreffend sein, doch sind insbesondere Fragen nach Krieg und Frieden durchaus geeignet, intensivste Gefühle hervorzurufen (Sears et al. 1979; Carmines/Stimson 1980). Gerade außenpolitische Themen lassen sich leicht mit einer hohen symbolischen Bedeutung aufladen, wodurch grundlegende Werte oder Gruppenbindungen aktiviert werden, die die Bedeutung solcher Sachfragen für den einzelnen Wähler merklich erhöhen können.

Allerdings wird eine Sachfrage auch nur dann einen Einfluss entfalten können, wenn der Bürger weitgehend eigenständig zu seiner Haltung gelangt ist. Begründet sich seine Einstellung dagegen überwiegend auf Überlegungen, die auf Elitensignalen beruhen, wird sich zwar in vielen Fällen ein Zusammenhang zwischen Sachfrage und Wahlentscheidung finden lassen. Dieser ist aber in der Regel auf eine gemeinsame Ursache, nämlich die Parteiidentifikation, zurückzuführen und daher nicht als Ausdruck für eine Kontrolle des Elitenhandelns durch die Bürger zu verstehen. Lassen sich nun aber Wähler finden, die eine eigenständige Haltung entwickelt haben und ihr auch größere Bedeutung als anderen Sachfragen beimessen, so ist die entscheidende Frage, ob auch die dritte Bedingung erfüllt ist, nämlich ob für den jeweiligen Wähler Unterschiede zwischen den Parteien wahrnehmbar sind. Eine hohe Wichtigkeit eines außenpolitischen Themas für den informierten Wähler wird den Wahlausgang nicht beeinflussen, wenn er den Parteien keine unterschiedlichen Positionen zuordnen kann, und er dementsprechend keine Wahl zwischen verschiedenen Politikoptionen hat.

Ob die Verknüpfung zwischen Wählerwünschen und Elitenhandeln in außen- und sicherheitspolitischen Fragen funktioniert, hängt also vorrangig von der Wahlkampfführung der Parteien ab. Denn Parteien haben einen gewichtigen Einfluss darauf, welche Themen von den Bürgern überhaupt als wichtig für die Wahlentscheidung wahrgenommen werden. Wenn sich aber Parteien keinen Vorteil aus der Betonung ihrer unterschiedlichen Haltungen versprechen und Unterschiede dementsprechend herunterspielen, oder wenn sie sogar in ihren Auffassungen weitgehend übereinstimmen, wird es für den Wähler schwer, sich gemäß seiner außenpolitischen Einstellungen zu entscheiden. Falls er in einem solchen Fall doch Unterschiede zwischen den Parteien wahrnimmt, so werden diese für gewöhnlich seiner Parteiidentifikation

geschuldet sein (Brady/Sniderman 1985). Dementsprechend wird wiederum seine Parteibindung und nicht die Sachfrage ausschlaggebend für die Wahlentscheidung sein. Nur wenn die Parteien klar abgrenzbare Haltungen zu außen- und sicherheitspolitischen Themen einnehmen und diese auch hervorheben, und ein größerer Teil der Wähler Unterschiede zwischen der eigenen außenpolitischen Einstellung und der Position der jeweils nahestehenden Partei wahrnimmt, ist es möglich, dass Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik das Wahlergebnis in bedeutsamer Weise beeinflussen.⁹

In Deutschland waren während des Kalten Krieges die Voraussetzungen vergleichsweise günstig, gemäß einer außenpolitischen Haltung zu wählen (siehe für empirische Evidenz zu den USA z.B. Aldrich et al. 1989, 2006; Rattiner 1990a; Norpoth/Sidman 2006). So wurde Außen- und Sicherheitspolitik in der Mehrzahl der Wahlkämpfe thematisiert, von Westintegration und Wiederbewaffnung (1953) über NATO-Mitgliedschaft (1957), Mauerbau (1961), Vietnam (1969), Ostpolitik (1972), Afghanistan (1980) bis hin zum NATO-Doppelbeschluss (1983). In den beiden Jahrzehnten seit der Wiedervereinigung hingegen lässt sich nur ein Wahlkampf ausmachen, bei dem ein außenpolitisches Thema von großer Bedeutung war, nämlich bei der Wahl 2002 vor dem Hintergrund des heraufziehenden Irakkriegs (Schoen 2004; Fuchs/Rohrschneider 2005). Der Krieg in Afghanistan nahm bei keiner der seitdem stattfindenden Bundestagswahlen eine prominente Rolle ein. Selbst 2009, als der Krieg aufgrund des Tanklaster-Bombardements bei Kundus so präsent in der Öffentlichkeit war wie selten zuvor, vermieden es alle Parteien außer der Linken, prononciert Position zu beziehen (Schoen 2010). Angesichts der geringen Salienz verwundert es daher kaum, dass in jüngerer Zeit außen- und sicherheitspolitische Themen nur eine untergeordnete Rolle bei der Wahlentscheidung gespielt haben (Schoen 2011).

Auch für die Wirkung außen- und sicherheitspolitischer Urteile auf das Wahlverhalten erweisen sich Elitenkonkurrenz und die Offenheit des politischen Wettbewerbs als zentrale Voraussetzung. Nur wenn Bürger eine themenspezifische Wahl haben und darauf hingewiesen werden, können sie entsprechend entscheiden. Denn „the voice of the people is but an echo“ (Key 1966: 2). Daher ist die Offenheit des Elitenwettbewerbs von entscheidender Bedeutung. Sollten sich etablierte politische Kräfte auf eine gemeinsame Position verständigt haben, die aber von latenten Bürgerwünschen abweicht, können in einer pluralistischen Gesellschaft politi-

⁹ Dieser Befund gilt sinngemäß für Volksabstimmungen über außen- und sicherheitspolitische Fragen, etwa zur europäischen Integration. Auch in diesen Fällen kann die elitengesteuerte Kampagnenkommunikation die Aufmerksamkeit auf sachbezogene Urteilkriterien oder aber auf andere Bewertungsmaßstäbe lenken und so die Abstimmung zu einer nationalen Nebenwahl machen (z.B. Garry et al. 2005).

sche Unternehmer mit neuen Angeboten um Wählerstimmen werben. So werden die etablierten Parteien zumindest gezwungen, stärker Rücksicht auf die Präferenzen der Wählerschaft zu nehmen, wenn sie verhindern wollen, dass eine neue Partei Stimmen in größerem Umfang für sich verbuchen kann, wie es den Grünen in den 1980er Jahren in Folge der Friedensbewegung in Deutschland (Rattinger 1990b) oder zahlreichen europaskeptischen Parteien nach den Maastricht-Verträgen gelang (Taggart 1998). Neue Parteien, die abweichende Positionen vertreten, beleben den politischen Wettbewerb und zwingen etablierte Kräfte dazu, intensiver für ihre Standpunkte zu werben. Ob neue politische Bewerber in jedem Fall substantiell bessere Politikvorschläge präsentieren, ist damit jedoch nicht gesagt.

4. Schluss

Die Möglichkeit der demokratischen Einflussnahme auf außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen ist heute selbstverständlich, nicht jedoch ihre Nutzung. Damit der demokratische Anspruch auf Kontrolle der Regierung durch die Bürger eingelöst werden kann, müssen zwei Bedingungen erfüllt sein. Die Bürger müssen zum einen eigenständig zu einer Haltung gelangen können, und sie müssen sich zum zweiten von dieser Haltung bei der Wahlentscheidung auch leiten lassen. Andernfalls gelingt die Verknüpfung zwischen Bürgerwünschen und Elitenhandeln – und damit die Drohung mit elektoralen Konsequenzen – nicht zufriedenstellend.

Unser Überblick hat gezeigt, dass Interesse und Wissen von Bürgern in Bezug auf Außen- und Sicherheitspolitik als gering einzuschätzen sind, weshalb Verbindungen zwischen dem Eigeninteresse im engeren Sinne und dem Handeln der politischen Eliten kaum hergestellt werden können. Gleichwohl sind Bürger in der Lage, auch mit mangelhaftem Wissen zu Urteilen über außen- und sicherheitspolitischen Fragen zu gelangen. Beispielsweise können sie auf allgemeine Wertvorstellungen, Gruppenbindungen, Stereotype oder bereichsspezifische Grundorientierungen zurückgreifen. Um der Bedingung zu genügen, eigenständig zu einer Haltung gelangt zu sein, ist eine solche Zuhilfenahme allgemeinerer Orientierungen aber nicht ausreichend. Denn ohne entsprechendes Wissen fehlt die notwendige Fundierung solcher Einstellungen, was sie anfällig für Beeinflussungen von Seiten der Eliten macht. Je nachdem, welche Deutungsangebote den öffentlichen Diskurs beherrschen, werden die Bürger verschiedenen Werten unterschiedliches Gewicht bei der Beurteilung außenpolitischer Fragen einräumen. Da sie dabei aber vornehmlich den Frames der ihnen nahestehenden Eliten folgen, ist eine effektive Kontrolle des Elitenhandelns kaum möglich. Dies gilt umso mehr, als Eliten mit

ihren Kommunikationsstrategien den Einfluss außen- und sicherheitspolitischer Bewertungen auf das Wahlverhalten beeinflussen können. Allerdings sind die Wirkungen von Elitensignalen im Zusammenspiel mit den Medien vergleichsweise dürftig untersucht. Ebenso liegt ein Forschungsdesiderat darin, besser zu verstehen, auf welche Weise und unter welchen Bedingungen die öffentliche Meinung in die Entscheidungsprozesse außen- und sicherheitspolitischer Eliten einfließt, was letztlich nur durch Fallstudien zu klären sein dürfte.

Alles in allem legen die Befunde jedoch einen eher skeptischen Blick auf die gesellschaftlichen Voraussetzungen einer demokratischen Kontrolle in der Außen- und Sicherheitspolitik nahe. Allerdings können die Befunde unter Umständen optimistischer gelesen werden, als es auf den ersten Blick den Anschein hat. Zum einen haben wir die gesellschaftliche Heterogenität in puncto außenpolitischer Aufmerksamkeit bislang nur am Rande erwähnt. Gerade sie könnte jedoch wesentlich zur Rückkopplung zwischen Bürgern und Eliten beitragen. Ein relativ eng umrissenes außenpolitisches Themenpublikum, das das Geschehen auf diesem Politikfeld aufmerksam beobachtet und sensibel darauf reagiert, kann politische Eliten dazu anhalten, nicht allzu sehr von den Wünschen der Bürger abzuweichen. Selbst wenn die übergroße Mehrheit der Bürger außenpolitischen Fragen gleichgültig gegenübersteht, könnte ein aufmerksames Themenpublikum außenpolitische Responsivität und Führung erfolgreich einfordern (Converse 1964; Neuman 1986; Rattinger 1990c).¹⁰

Zum anderen ist zu bedenken, dass in einer pluralistischen Gesellschaft mit offenem politischen Wettbewerb neue Anbieter mit einer neuen außenpolitischen Agenda auf den Markt treten können. Ist diese Bedingung tatsächlich erfüllt, kann selbst das Ausbleiben außenpolitisch motivierten Wahlverhaltens eine gelungene themenspezifische Rückkopplung zwischen Bürgern und Eliten anzeigen. Denn womöglich antizipieren Eliten potentielle Abstrafungen an der Wahlurne und passen ihr Handeln entsprechend an.¹¹ Eine Form der Vorwegnahme negativer Reaktionen des Wahlvolks kann allerdings auch darin bestehen, dass Parteien ein Thema totzuschweigen versuchen, wie es das Beispiel des Afghanistaneinsatzes und seine Bedeutungslosigkeit bei immerhin drei Bundestagswahlen nahelegt, obwohl die Mehrheit der Bevölkerung eine deutlich einsatzkritischere Haltung zu Protokoll gibt, als Union, SPD, FDP oder Grüne vertreten (Schoen 2010). Aber selbst ein solcher Befund muss nicht zwingend als demokratisches Problem gesehen werden, solange für neue Bewerber freier Zugang zum poli-

¹⁰ Die Existenz von Themenpublika kann auch als ein Argument dienen, um die optimistischeren Folgerungen in Aggregatdatenanalysen zu begründen (Page/Shapiro 1992; Isernia et al. 2002).

¹¹ Untersuchungen dieses voraussetzungsvollen Prozesses liegen bislang in erster Linie, aber nicht nur, für die USA vor (Jacobs/Shapiro 1999; LaBalme 2000; Sobel 2001; siehe für Deutschland Brettschneider 1996).

tischen Wettbewerb besteht, Außen- und Sicherheitspolitik als Gegenstand prinzipiell wählerwirksam sind und nicht bestimmte Positionen gesellschaftlich tabuisiert werden. Andernfalls würden sich politische Bewerber auch bei außenpolitischen Repräsentationsdefiziten nicht mit entsprechenden Politikvorschlägen in den Wettbewerb wagen.

Auch wenn die Befunde nach wie vor Gültigkeit besitzen, dass es den Bürgern in der Masse an außen- und sicherheitspolitischen Wissen und Interesse fehlt (Lippmann 1922; Almond 1950), so kann man die früher daraus abgeleitete Forderung nach einer Abschottung dieses Politikbereichs gegenüber der Öffentlichkeit zurückweisen. Zwar mag die Wählerschaft als Ganzes durchaus (zu) träge auf internationale Entwicklungen reagieren (Kennan 1951) – die Regierenden in offenen Gesellschaften sind dennoch gut beraten, und zwar auch dann, wenn sie nur ihr Eigeninteresse verfolgen, die Meinungen in der Bevölkerung bei ihrer Entscheidungsfindung gebührend zu berücksichtigen.

Literatur

- Abrams, Dominic / Michael A. Hogg (1988): Comments on the motivational status of self-esteem in social identity and intergroup discrimination, in: *European Journal of Social Psychology* 18, 317-334.
- Aldrich, John H. / John L. Sullivan / Eugene Borgida (1989): Foreign Affairs and Issue Voting: Do Presidential Candidates “Waltz before a Blind Audience”?, in: *American Political Science Review* 83, 125-141.
- Aldrich, John H. / Christopher Gelpi / Peter Feaver / Jason Reifler / Kristin Thompson Sharp (2006): Foreign Policy and the Electoral Connection, in: *Annual Review of Political Science* 9, 477-502.
- Alexander, Michele G. / Marilyn B. Brewer / Richard K. Herrmann (1999): Images and Affect: A Functional Analysis of Out-Group Stereotypes, in: *Journal of Personality and Social Psychology* 77, 78-93.
- Alexander, Michele G. / Shana Levin / P. J. Henry (2005): Image Theory, Social Identity, and Social Dominance: Structural Characteristics and Individual Motives Underlying International Images, in: *Political Psychology* 26, 27-45.
- Almond, Gabriel A. (1950): *The American people and foreign policy*. New York: Harcourt, Brace.
- Asmus, Ronald D. / Philip P. Everts / Pierangelo Isernia (2005): The Transatlantic Gap in Public Opinion, in: Thomas Jäger / Alexander Höse / Kai Oppermann (Hrsg.): *Transatlantische Beziehungen. Sicherheit-Wirtschaft-Öffentlichkeit*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 397-424.
- Bardes, Barbara A. / Robert W. Oldendick (1978): Beyond Internationalism: A Case for Multiple Dimensions in the Structure of Foreign Policy Attitudes, in: *Social Science Quarterly* 59, 496-508.
- Bardes, Barbara A. / Robert W. Oldendick (1990): Public Opinion and Foreign Policy. A Field in Search of Theory, in: Samuel Long (Hrsg.): *Research in Micropolitics. A Research Annual. Public Opinion*. Greenwich / London: Jai Press, 227-247.
- Bartels, Larry M. (1996): Uninformed Votes: Information Effects in Presidential Elections, in: *American Journal of Political Science* 40, 194-230.
- Bartels, Larry M. (2002): Beyond the Running Tally: Partisan Bias in Political Perceptions, in: *Political Behavior* 24, 117-150.
- Bartels, Larry M. (2003): Democracy with Attitudes, in: Michael B. MacKuen/ George Rabino-witz (Hrsg.): *Electoral Democracy*. Ann Arbor: University of Michigan Press, 48-82.
- Baum, Matthew A. / Philip B. K. Potter (2008): The Relationships Between Mass Media, Public Opinion, and Foreign Policy: Toward a Theoretical Synthesis, in: *Annual Review of Political Science* 11, 39-65.
- Berinsky, Adam J. (2007): Assuming the Costs of War: Events, Elites, and American Public Support for Military Conflict, in: *Journal of Politics* 69, 975-997.
- Billig, Michael G. (1995): *Banal nationalism*. London [u.a.]: Sage.
- Boehnke, Klaus / Michael J. Macpherson / Margarete Meador / Horst Petri (1989): How West German Adolescents Experience the Nuclear Threat in: *Political Psychology* 10, 419-443.
- Boehnke, Klaus / Shalom H. Schwartz (1997): Fear of War: Relations to Values, Gender, and

- Mental Health in Germany and Israel, in: *Peace and Conflict: Journal of Peace Psychology* 3, 149-165.
- Brady, Henry E. / Paul M. Sniderman (1985): *Attitude Attribution: A Group Basis for Political Reasoning*, in: *American Political Science Review* 79, 1061-1078.
- Brettschneider, Frank (1996): *Öffentliche Meinung und Politik. Eine empirische Studie zur Responsivität des Deutschen Bundestages zwischen 1949 und 1990*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Brewer, Paul R. (2001): *Value Words and Lizard Brains: Do Citizens Deliberate About Appeals to Their Core Values?*, in: *Political Psychology*, 22: 1, 45-64.
- Brinegar, Adam P. / Seth K. Jolly (2005): *Location, Location, Location. National Contextual Factors and Public Support for European Integration*, in: *European Union Politics* 6, 155–180.
- Brown, Rupert (2000): *Social Identity Theory: past achievements, current problems and future challenges*, in: *European Journal of Social Psychology* 30, 745-778.
- Cacioppo, John T. / Wendi L. Gardner (1999): *Emotion*, in: *Annual Review of Psychology* 50, 191-214.
- Campbell, Angus / Philip E. Converse / Warren E. Miller / Donald E. Stokes (1960): *The American Voter*. New York: John Wiley.
- Caplan, Bryan (2007): *The Myth of the Rational Voter: Why Democracies Choose Bad Policies*. Princeton: Princeton University Press.
- Carmines, Edward G. / James A. Stimson (1980): *The Two Faces of Issue Voting*, in: *American Political Science Review* 74, 78-91.
- Carrubba, Clifford J. / Anand Singh (2004): *A Decision Theoretic Model of Public Opinion: Guns, Butter, and European Common Defense*, in: *American Journal of Political Science* 48, 218–231.
- Casparly, William R. (1970): *The "Mood Theory": A Study of Public Opinion and Foreign Policy*, in: *American Political Science Review* 64, 536-547.
- Chaiken, Shelly (1980): *Heuristic Versus Systematic Information Processing and the Use of Source Versus Message Cues in Persuasion*, in: *Journal of Personality and Social Psychology* 39, 752-766.
- Chaiken, Shelly / Yaakov Trope (1999): *Dual-Process Theories in Social Psychology*. New York / London: Guilford Press.
- Chittick, William O. (2006): *American Foreign Policy. A Framework For Analysis*. Washington, D.C.: CQ Press.
- Chittick, William O. / Keith R. Billingsley / Rick Travis (1995): *A Three-Dimensional Model of American Foreign Policy Beliefs*, in: *International Studies Quarterly* 39, 313-331.
- Chong, Dennis / James N. Druckman (2007)a: *A Theory of Framing and Opinion Formation in Competitive Elite Environments*, in: *Journal of Communication* 57: 99-118.
- Chong, Dennis / James N. Druckman (2007)b: *Framing Public Opinion in Competitive Democracies*, in: *American Political Science Review* 101: 637-655.
- Cohen, Bernard Cecil (1963): *The press and foreign policy*. Princeton: Princeton University Press.
- Conover, Pamela Johnston / Stanley Feldman (1984): *How People Organize the Political*

- World: A Schematic Model, in: *American Journal of Political Science* 28, 95-126.
- Converse, Philip E. (1964): *The Nature of Belief Systems in Mass Publics*, in: David E. Apter (Hrsg.): *Ideology and discontent*. New York: Wiley, 202-261.
- Converse, Philip E. (1970): *Attitudes and Non-Attitudes: Continuation of a Dialogue*, in: Edward R. Tufte (Hrsg.): *The Quantitative Analysis of Social Problems*. Reading [u.a]: Addison-Wesley, 168-189.
- Converse, Philip E. (1990): *Popular Representation and the Distribution of Information*, in: John A. Ferejohn / James H. Kuklinski (Hrsg.): *Information and Democratic Processes*. Urbana / Chicago: University of Illinois Press, 369-388.
- Czempiel, Ernst-Otto (1999): *Kluge Macht. Außenpolitik für das 21. Jahrhundert*. München: Beck.
- Dahl, Robert A. (1971): *Polyarchy. Participation and Opposition*. New Haven / London: Yale University Press.
- Delli Carpini, Michael X. / Scott Keeter (1996): *What Americans Know about Politics and Why It Matters*. New Haven [u.a.]: Yale University Press.
- Downs, Anthony (1957): *An economic theory of democracy*. New York: Harper.
- Druckman, James N. / Kjersten R. Nelson (2003): *Framing and Deliberation: How Citizens' Conversations Limit Elite Influence*, in: *American Journal of Political Science* 47, 729-745.
- Duckitt, John (2003): *Prejudice and Intergroup Hostility*, in: David O. Sears / Leonie Huddy / Robert Jervis (Hrsg.): *Oxford Handbook of Political Psychology*. New York: Oxford University Press, 559-600.
- Eichenberg, Richard C. (2005): *Victory Has Many Friends. U.S. Public Opinion and the Use of Military Force, 1981-2005*, in: *International Security* 30, 140-177.
- Eichenberg, Richard C. / Russel J. Dalton (1993): *Europeans and the European Community: the dynamics of public support for European integration*, in: *International Organization* 47, 507-534.
- Eichenberg, Richard C. / Russell J. Dalton (2007): *Post-Maastricht Blues: The Transformation of Citizen Support for European Integration, 1973-2004*, in: *Acta Politica* 42, 128-152.
- Entman, Robert M. (1993): *Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm*, in: *Journal of Communication* 43, 51-58.
- Entman, Robert M. (2003): *Cascading Activation: Contesting the White House's Frame After 9/11*, in: *Political Communication* 20, 415-432.
- Fiske, Susan T. / Donald R. Kinder / W. Michael Larter (1983): *The Novice and the Expert: Knowledge-Based Strategies in Political Cognition*, in: *Journal of Experimental Social Psychology* 19, 381-400.
- Flynn, Gregory / Hans Rattinger (1985): *The Public and Atlantic Defense*, in: Gregory Flynn / Hans Rattinger (Hrsg.): *The Public and Atlantic Defense*. Totowa / London: Rowman & Allanheld / Croom Helm, 365-388.
- Friedman, Milton (1953): *The Methodology of Positive Economics*, in: Milton Friedman (Hrsg.): *Essays in Positive Economics*. Chicago: University of Chicago Press, 3-43.
- Fuchs, Dieter / Robert Rohrschneider (2005): *War es dieses Mal nicht die Ökonomie? Der Einfluss von Sachfragenorientierungen auf die Wählerentscheidung bei der Bundestagswahl 2002*, in: Jürgen W. Falter / Oscar W. Gabriel / Bernhard Weßels (Hrsg.): *Wahlen und Wähler*

- ler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 339-356.
- Gabel, Matthew J. (1998): Economic Integration and Mass Politics: Market Liberalization and Public Attitudes in the European Union, in: *American Journal of Political Science* 43, 936-953.
- Garry, John / Michael Marsh / Richard Sinnott (2005): ‚Second-order‘ versus ‚Issue-voting‘ Effects in EU Referendums. Evidence from the Irish Nice Treaty Referendums, in: *European Union Politics* 6, 201-221.
- Gartner, Scott S. / Gary M. Segura / Bethany A. Barratt (2004): War Casualties, Policy Positions, and the Fate of Legislators, in: *Political Research Quarterly* 57, 467-477.
- Gartner, Scott S. / Gary M. Segura / Michael Wilkening (1997): All Politics Are Local: Local Losses and Individual Attitudes toward the Vietnam War, in: *Journal of Conflict Resolution* 41, 669-694.
- Gelpi, Christopher / Peter D. Feaver / Jason Reifler (2005): Success Matters. Casualty Sensitivity and the War in Iraq, in: *International Security* 30, 7-46.
- Gelpi, Christopher / Peter D. Feaver / Jason Reifler (2009): *Paying the Human Costs of War. American Public Opinion and Casualties in Military Conflicts*. Princeton [u.a.]: Princeton University Press.
- Graham, Thomas W. (1988): The Pattern and Importance of Public Knowledge in the Nuclear Age, in: *Journal of Conflict Resolution* 32, 319-334.
- Green, Donald P. / Bradley Palmquist / Eric Schickler (2002): *Partisan hearts and minds: political parties and the social identities of voters*. New Haven: Yale University Press.
- Greene, Steven (1999): Understanding Party Identification: A Social Identity Approach, in: *Political Psychology* 20, 393-403.
- Hamill, Ruth / Milton Lodge / Frederick Blake (1985): The Breadth, Depth, and Utility of Class, Partisan, and Ideological Schemata, in: *American Journal of Political Science* 29, 850-870.
- Hedström, Peter (2005): *Dissecting the Social: On the Principles of Analytic Sociology*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hellmann, Gunter / Reinhard Wolf / Siegmund Schmidt (2007): Deutsche Außenpolitik in historischer und systematischer Perspektive, in: Siegmund Schmidt / Gunther Hellmann / Reinhard Wolf (Hrsg.): *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 15-46.
- Henry, P. J. / Jim Sidanius / Shana Levin / Felicia Pratto (2005): Social Dominance Orientation, Authoritarianism, and Support for Intergroup Violence Between the Middle East and America, in: *Political Psychology* 26, 569-583.
- Herrmann, Richard K. (2003): Image Theory and Strategic Interaction in International Relations, in: David O. Sears / Leonie Huddy / Robert Jervis (Hrsg.): *Oxford Handbook of Political Psychology*. Oxford: Oxford University Press, 285-314.
- Herrmann, Richard K. / James F. Voss / Tonya Y. E. Schooler / Joseph Ciarrochi (1997): Images in International Relations: An Experimental Test of Cognitive Schemata, in: *International Studies Quarterly* 41, 403-433.
- Herrmann, Richard K. / Pierangelo Isernia / Paolo Segatti (2009): Attachment to the Nation and International Relations: Dimensions of Identity and Their Relationship to War and

- Peace, in: *Political Psychology* 30, 721-754.
- Holst, Christian (1998): *Sicherheit und Bedrohung. Determinanten subjektiver Sicherheit in der Bundesrepublik zu Beginn der neunziger Jahre.* Hamburg: Verlag Dr. Kovač.
- Holsti, Ole R. (1992): *Public Opinion and Foreign Policy: Challenges to the Almond-Lippmann Consensus*, in: *International Studies Quarterly* 36, 439-466.
- Holsti, Ole R. (2004): *Public Opinion and American Foreign Policy.* Ann Arbor: The University of Michigan Press.
- Huddy, Leonie (2001): *From Social to Political Identity: A Critical Examination of Social Identity Theory*, in: *Political Psychology* 22, 127-156.
- Huddy, Leonie / Stanley Feldman / Charles Taber / Gallya Lahav (2005): *Threat, Anxiety, and Support of Antiterrorism Policies*, in: *American Journal of Political Science* 49, 593-608.
- Huddy, Leonie / Stanley Feldman / Gallya Lahav / Charles Taber (2003): *Fear and Terrorism: Psychological Reactions to 9/11*, in: Pippa Norris / Montague Kern / Marion Just (Hrsg.): *Framing Terrorism. The News Media, the Government and the Public.* New York: Routledge, 255-278.
- Hurwitz, Jon / Mark Peffley (1987): *How Are Foreign Policy Attitudes Structured? A Hierarchical Model*, in: *American Political Science Review* 81, 1099-1120.
- Hurwitz, Jon / Mark Peffley (1991): *American Images of the Soviet Union and National Security Issues*, in: Hans Rattinger / Don Munton (Hrsg.): *Debating National Security. The Public Dimension.* Frankfurt am Main: Peter Lang, 101-138.
- Inglehart, Ronald (1971): *The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies*, in: *American Political Science Review* 65, 991-1017.
- Inglehart, Ronald (1984): *Generational Change and the Future of the Atlantic Alliance*, in: *PS: Political Science & Politics* 17, 525-535.
- Isernia, Pierangelo / Zoltán Juhász / Hans Rattinger (2002): *Foreign Policy and the Rational Public in Comparative Perspective*, in: *Journal of Conflict Resolution* 46, 201-224.
- Iyengar, Shanto (1991): *Is Anyone Responsible?: How Television Frames Political Issues.* Chicago [u.a]: University of Chicago Press.
- Iyengar, Shanto / Adam Simon (1993): *News Coverage of the Gulf Crisis and Public Opinion: A Study of Agenda-Setting, Priming, and Framing*, in: *Communication Research* 20, 365-383.
- Jacobs, Lawrence R. / Benjamin I. Page (2005): *Who Influences U.S. Foreign Policy?*, in: *American Political Science Review* 99, 107-123.
- Jacobs, Lawrence R. / Robert Y. Shapiro (1999): *Lyndon Johnson, Vietnam, and Public Opinion: Rethinking Realist Theory of Leadership*, in: *Presidential Studies Quarterly* 29, 592-616.
- Jervis, Robert (1976): *Perception and misperception in international politics.* Princeton: Princeton University Press.
- Kelman, Herbert C. / Ronald J. Fisher (2003): *Conflict Analysis and Resolution in: David O. Sears / Leonie Huddy / Robert Jervis (Hrsg.): Oxford Handbook of Political Psychology.* Oxford [u.a.]: Oxford University Press, 315-353.
- Kennan, George F. (1951): *American Diplomacy, 1900-1950.* Chicago: University of Chicago Press.

- Key, Vladimir O. (1966): *The responsible electorate: Rationality in presidential voting 1936–1960*. New York: Belknap.
- Kliemt, Hartmut (1986): *The Veil of Insignificance*, in: *Europäische Zeitschrift für Politische Ökonomie* 2/3, 333-344.
- Kosterman, Rick / Seymour Feshbach (1989): *Toward a Measure of Patriotic and Nationalistic Attitudes*, in: *Political Psychology* 10, 257–274.
- Krosnick, Jon A. / Donald R. Kinder (1990): *Altering the foundations of support for the president through priming*, in: *American Political Science Review* 84: 497-512.
- Krosnick, Jon A. / Laura A. Brannon (1993): *The Impact of the Gulf war on the Ingredients of Presidential Evaluations: Multidimensional Effects of Political Involvement*, in: *American Political Science Review* 87, 963-975.
- Kuklinski, James H. / Paul J. Quirk (2000): *Reconsidering the Rational Public: Cognition, Heuristics, and Mass Opinion*, in: Arthur Lupia / Mathew D. McCubbins / Samuel L. Popkin (Hrsg.): *Elements of Reason. Cognition, Choice, and the Bounds of Rationality*. Cambridge [u.a.]: Cambridge University Press.
- Kunda, Ziva (1990): *The Case for Motivated Reasoning*, in: *Psychological Bulletin* 108, 480-498.
- LaBalme, Nathalie (2000): *Constraint, Catalyst, or Political Tool? The French Public and Foreign Policy*, in: Brigitte L. Nacos / Robert Y. Shapiro / Pierangelo Isernia (Hrsg.): *Decisionmaking in a Glass House. Mass Media, Public Opinion, and American and European Foreign Policy in the 21st Century*. Lanham: Rowman & Littlefield, 265-278.
- Lakoff, George (2008): *The Political Mind*. New York: Viking.
- Landemore, Hélène (2013): *Democratic Reason: Politics, Collective Intelligence, and the Rule of the Many*. Princeton und Oxford: Princeton University Press.
- Lau, Richard R. (2003): *Models of Decision-Making*, in: David O. Sears / Leonie Huddy / Robert Jervis (Hrsg.): *Oxford Handbook of Political Psychology*. New York: Oxford University Press, 19–59.
- Lau, Richard R. / Caroline Heldman (2009): *Self-Interest, Symbolic Attitudes, and Support for Public Policy: A Multilevel Analysis*, in: *Political Psychology* 30, 513–537.
- Lau, Richard R. / David P. Redlawsk (2001): *Advantages and Disadvantages of Cognitive Heuristics in Political Decision Making*, in: *American Journal of Political Science* 45, 951-971.
- Lippmann, Walter (1922): *Public Opinion*. New York: Macmillan.
- Lodge, Milton / Charles Taber (2013): *The Rationalizing Voter*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Lodge, Milton / Charles Taber (2000): *Three Steps toward a Theory of Motivated Political Reasoning*, in: Arthur Lupia / Mathew D. McCubbins / Samuel L. Popkin (Hrsg.): *Elements of Reason. Cognition, Choice, and the Bounds of Rationality*. Cambridge: Cambridge University Press, 183–213.
- Lupia, Arthur (1994): *Shortcuts Versus Encyclopedias: Information and Voting Behavior in California Insurance Reform Elections*, in: *American Political Science Review* 88, 63-76.
- Mader, Matthias / Harald Schoen (2013): *Alles eine Frage des Blickwinkels? Framingeffekte und Bevölkerungsbewertungen eines möglichen Bundeswehreinsetzes in Libyen*, in: *Zeit-*

- schrift für Internationale Beziehungen 20, xx-xx [Ergänzung erfolgt im Juni 2013].
- Marcus, George E. / W. Russell Neuman / Michael MacKuen (2000): *Affective Intelligence and Political Judgment*. Chicago / London: University of Chicago Press.
- Mueller, John E. (1973): *War, Presidents, and Public Opinion*. New York: Wiley.
- Mummendey, Amélie / Andreas Klink / Rupert Brown (2001): Nationalism and patriotism: National identification and out-group rejection, in: *British Journal of Social Psychology* 40, 159–172.
- Nelson, Thomas E. / Zoe M. Oxley / Rosalee A. Clawson (1997): Toward a Psychology of Framing Effects, in: *Political Behavior* 19, 221- 246.
- Neuman, W. Russell (1986): *The paradox of mass politics: knowledge and opinion in the American electorate*. Cambridge: Harvard University Press.
- Norpoth, Helmut / Andrew H. Sidman (2007): Mission Accomplished: The Wartime Election of 2004, in: *Political Behavior* 29, 175-195.
- Ohr, Dieter / Markus Quandt (2012): Parteiidentifikation in Deutschland: Eine empirische Fundierung des Konzepts auf der Basis der Theorie Sozialer Identität, in: Rüdiger Schmitt-Beck (Hrsg.): *Wählen in Deutschland (PVS-Sonderheft 45)*. Baden-Baden: Nomos, 179–202.
- Page, Benjamin I. / Robert Y. Shapiro (1992): *The Rational Public. Fifty Years of Trends in Americans' Policy Preferences*. Chicago / London: University of Chicago Press.
- Pöttschke, Jana / Hans Rattinger / Harald Schoen (2013): Persönlichkeit, Wertorientierungen und Einstellungen zu Außen- und Sicherheitspolitik in den Vereinigten Staaten, in: *Politische Psychologie (im Erscheinen)*.
- Pratto, Felicia / Jim Sidanius / Lisa M. Stallworth / Bertram F. Malle (1994): Social dominance orientation: A personality variable predicting social and political attitudes, in: *Journal of Personality and Social Psychology* 67, 741-763.
- Quandt, Markus / Dieter Ohr (2004): Worum geht es, wenn es um nichts geht? Zum Stellenwert von Niedrigkostensituationen in der Rational Choice-Modellierung normkonformen Handelns, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 56, 683-707.
- Rathbun, Brian C. (2007): Hierarchy and Community at Home and Abroad. Evidence of a Common Structure of Domestic and Foreign Policy Beliefs in American Elites, in: *Journal of Conflict Resolution* 51, 379-407.
- Rattinger, Hans (1984): Sicherheitspolitik und öffentliche Meinung, in: Werner Link (Hrsg.): *Die neueren Entwicklungen des Ost-West-Konflikts. Konstanten und Veränderungen*. Köln [u.a.]: Carl Heymanns Verlag, 111-118.
- Rattinger, Hans (1985): Auswirkungen der öffentlichen Meinung auf den sicherheitspolitischen Handlungsspielraum der Bundesrepublik, in: Ulrich Matz (Hrsg.): *Aktuelle Herausforderungen der repräsentativen Demokratie*. Köln [u.a.]: Carl Heymanns, 131-148.
- Rattinger, Hans (1987): Change Versus Continuity in West German Public Attitudes on National Security and Nuclear Weapons in the Early 1980s, in: *Public Opinion Quarterly* 51, 495-521.
- Rattinger, Hans (1990)a: Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens bei der amerikanischen Präsidentschaftswahl 1988 unter besonderer Berücksichtigung politischer Sachfragen, in: *Politische Vierteljahresschrift* 31, 54-78.

- Rattinger, Hans (1990)b: Einstellungen zur Sicherheitspolitik in der Bundesrepublik und in den Vereinigten Staaten: Ein Vergleich von Befunden und Strukturen in den späten achtziger Jahren, in: Max Kaase / Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987. Opladen: Westdeutscher Verlag, 377-418.
- Rattinger, Hans (1990)c: Domestic and foreign policy issues in the 1988 presidential election, in: *European Journal of Political Research* 18, 623-643.
- Rattinger, Hans (2007): Öffentliche Meinung, in: Siegmund Schmidt / Gunther Hellmann / Reinhard Wolf (Hrsg.): *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 313-325.
- Ray, Leonard (2003)a: When Parties Matter: The Conditional Influence of Party Positions on Voter Opinions about European Integration, in: *Journal of Politics* 65, 978-994.
- Ray, Leonard (2003)b: Reconsidering the Link between Incumbent Support and Pro-EU Opinion, in: *European Union Politics* 4, 259-279.
- Ray, Leonard / Gregory Johnston (2007): European Anti-Americanism and Choices for a European Defense Policy, in: *PS: Political Science & Politics* 40, 85-91.
- Riker, William H. (1982): *Liberalism against Populism*. San Francisco: W.H. Freeman.
- Rosenau, James N. (1961): *Public Opinion and Foreign Policy*. New York: Random House.
- Rosenau, James N. (1969): *Linkage Politics. Essays on the Convergence of National and International Systems*. New York: Free Press.
- Russett, Bruce (1990): *Controlling the Sword. The Democratic Governance of National Security*. Cambridge / London: Harvard University Press.
- Schoen, Harald (2004): Winning by Priming? Campaign Strategies, Changing Determinants of Voting Intention, and the Outcome of the 2002 German Federal Election, in: *German Politics and Society* 72, 65-82.
- Schoen, Harald (2006)a: Der demokratische Musterbürger als Normalfall? Kognitionspsychologische Einblicke in die black box politischer Meinungsbildung, in: *Politische Vierteljahresschrift* 47, 89-101.
- Schoen, Harald (2006)b: Beeinflusst Angst politische Einstellungen? Eine Analyse der öffentlichen Meinung während des Golfkriegs 1991, in: *Politische Vierteljahresschrift* 47, 441-464.
- Schoen, Harald (2006)c: Angst und Einstellungen zum Kosovokrieg. Eine Analyse der öffentlichen Meinung in West- und Ostdeutschland, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 13, 177-199.
- Schoen, Harald (2007): Personality Traits and Foreign Policy Attitudes in German Public Opinion, in: *Journal of Conflict Resolution* 51, 408-430.
- Schoen, Harald (2008): Identity, Instrumental Self-Interest and Institutional Evaluations. Explaining Public Opinion on Common European Policies in Foreign Affairs and Defence, in: *European Union Politics* 9, 5-29.
- Schoen, Harald (2010): Ein Bericht von der Heimatfront. Bürger, Politiker und der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr, in: *Politische Vierteljahresschrift* 51, 395-408.
- Schoen, Harald (2011): Two indicators, one conclusion. On the public salience of foreign affairs in Germany before and after reunification, in: Kai Oppermann / Henrike Viehrig (Hrsg.): *Issue Salience in International Politics*. London / New York: Routledge, 23-38.

- Schwartz, Shalom H. (1992): Universals in the content and structure of values: Theoretical advances and empirical tests in 20 countries, in: *Advances in Experimental Social Psychology* 25, 1-62.
- Schwartz, Shalom H. (1994): Are there universal aspects in the structure and content of human values?, in: *Journal of Social Issues* 50, 19-46.
- Schwartz, Shalom H. / Lilach Sagiv / Klaus Boehnke (2000): Worries and Values, in: *Journal of Personality* 68, 309-346.
- Sears, David O. (2001): The Role of Affect in Symbolic Politics, in: James H. Kuklinski (Hrsg.): *Citizens and Politics. Perspectives from Political Psychology*. Cambridge: Cambridge University Press, 14–40.
- Sears, David O. / Carl P. Hensler / Leslie K. Speer (1979): Whites' Opposition to "Busing": Self-Interest or Symbolic Politics?, in: *American Political Science Review* 73, 369-384.
- Sears, David O. / Carolyn L. Funk (1991): The role of self-interest in social and political attitudes, in: *Advances in Experimental Social Psychology* 24, 1–91.
- Sen, Amartya K. (1980): Description as Choice, in: *Oxford Economic Papers* 32, 353-369.
- Simon, Herbert A. (1985): Human Nature in Politics: The Dialogue of Psychology with Political Science, in: *American Political Science Review* 79: 293-304.
- Smith, Anthony D. (2001): *Nationalism*. Cambridge: Polity Press.
- Sniderman, Paul M. (2000): Taking Sides: A Fixed Choice Theory of Political Reasoning, in: Arthur Lupia / Mathew D. McCubbins / Samuel L. Popkin (Hrsg.): *Elements of Reason. Cognition, Choice, and the Bounds of Rationality*. Cambridge: Cambridge University Press, 67-84.
- Sniderman, Paul M. / Philip E. Tetlock / Laurel Elms (2001): Public Opinion and Democratic Politics: The Problem of Nonattitudes and the Social Construction of Political Judgment, in: James H. Kuklinski (Hrsg.): *Citizens and Politics. Perspectives from Political Psychology*. Cambridge: Cambridge University Press, 254–288.
- Sniderman, Paul M. / Richard A. Brody / Philip E. Tetlock (1991): *Reasoning and Choice: Explorations in Political Psychology*. New York: Cambridge University Press.
- Sniderman, Paul M. / Sean M. Theriault (2004): The Structure of Political Argument and the Logic of Issue Framing, in: Willem E. Saris / Paul M. Sniderman (Hrsg.): *Studies in Public Opinion. Attitudes, Nonattitudes, Measurement Error, And Change*. Princeton / Oxford: Princeton University Press, 133-165.
- Sobel, Richard (2001): *The Impact of Public Opinion on U.S. Foreign Policy Since Vietnam. Constraining the Colossus*. New York/Oxford: Oxford University Press.
- Soroka, Stuart N. (2003): Media, Public Opinion, and Foreign Policy, in: *The Harvard International Journal of Press/Politics* 8, 27-48.
- Stimson, James A. (1999): *Public Opinion in America: Mood, Cycles, and Swings*. Boulder: Westview Press.
- Taber, Charles S. / Milton Lodge (2006): Motivated Skepticism in the Evaluation of Political Beliefs, in: *American Journal of Political Science* 50, 755-769.
- Taggart, Paul (1998): A touchstone of dissent: Euroscepticism in contemporary Western European party systems, in: *European Journal of Political Research* 33, 363–388.
- Tajfel, Henri (1981): *Human Groups and Social Categories*. Cambridge: Cambridge University Press.

ty Press.

- Tajfel, Henri / John Turner (1979): An Integrative Theory of Intergroup Conflict, in: William G. Austin / Stephen Worchel (Hrsg.): *The Social Psychology of Intergroup Relations*. Monterey: Brooks/Cole, 33-47.
- Tetlock, Philip E. (1985): Accountability: A Social Check on the Fundamental Attribution Error, in: *Social Psychology Quarterly* 48, 227–236.
- Tocqueville, Alexis de (1985): *Über die Demokratie in Amerika*. Stuttgart: Reclam.
- Tversky, Amos / Daniel Kahneman (1986): Rational Choice and the Framing of Decisions, in: *Journal of Business* 59, 251-278.
- Wittkopf, Eugene R. (1986): On the Foreign Policy Beliefs of the American People: A Critique and Some Evidence, in: *International Studies Quarterly* 30, 425-445.
- Wlezien, Christopher (1995): The Public as Thermostat: Dynamics of Preferences for Spending, in: *American Journal of Political Science* 39, 981-1000.
- Zaller, John / Stanley Feldman (1992): A Simple Theory of the Survey Response: Answering Questions versus Revealing Preferences, in: *American Journal of Political Science* 36, 579–616.
- Zaller, John R. (1992): *The Nature and Origins of Mass Opinion*. Cambridge [u.a.]: Cambridge University Press.